



Alte Hüte: der Merkel/Stoiber-Brief

Die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt machen vielen Menschen Sorge – keine Frage. Dies nehmen wir ernst. Aber die Zahlen sind **ehrlich**. Viele Menschen, die vorher Sozialhilfe bezogen haben, tauchen jetzt in der Statistik auf. Das ist die Voraussetzung dafür, dass sie in die Vermittlung kommen. **Die Union wusste das**. Sie hat Hartz IV mit beschlossen. **Dass sie Zahlen skandalisieren, aber ihnen die Menschen dahinter viele Jahre egal waren, macht deutlich, welche Strategie Merkel und Stoiber verfolgen.**

Das einzige, was Merkel und Stoiber von offenkundig Ludwig Erhard verstanden haben, ist sein Satz, dass **Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie** ist.

Darum setzen sie auf eine **Strategie der Verunsicherung** und eine **Politik der Angst**. Ihnen ist nicht daran gelegen, Deutschland nach vorn zu bringen. Sie wollen die Fortschritte, die wir gemacht haben, kaputt reden.

Die **persönlichen Angriffe gegen Bundeskanzler Gerhard Schröder** sind **ohne jeden Anstand**. Gerhard Schröder hat die Reformen angepackt, die Kohl lange liegen gelassen hat. Eine Opposition, die sich sicher ist, muss nicht zu den Mitteln der Demagogie, der Lüge und der Verunsicherung greifen.

Auch die **Arbeitgeber** haben offenkundig keine Lust mehr, dieses Spiel mitzuspielen. **Gesammetall-Chef Kannegießer** betonte gestern, dass „Strukturreformen nicht von heute auf morgen wirken“. Er forderte „**mehr Geduld und Beständigkeit**“

Vom so genannten **10-Punkte-Plan der Union** erleben wir nun den vierten oder fünften Aufguss. Einen „**Pakt für Deutschland**“ kann es nur mit **Partnern** geben. Die **Union** steht aber **alleine** da.

Niemand kann ernsthaft glauben, dass das eine Strategie für mehr Wachstum sein soll. Das ist eher ein **10-Punkte-Plan für Verunsicherung und sozialen Kahlschlag in Deutschland**. Mit **sozialer Marktwirtschaft** hat das nichts mehr zu tun.

- Der Vorschlag einer **Reduzierung des Beitrag zur Arbeitslosenversicherung** bedeutet: 11 Mrd. € weniger für Fördermaßnahmen. Das heißt: Fordern ohne Fördern.

- Der Vorschlag in Richtung **Bürokratieabbau** ist unglaublich. Die Union hat erst im Dezember mit ihrem Beschluss zur Merkel-**Kopfpauschale** den denkbar bürokratischsten Reformvorschlag in der Geschichte des Landes vorgelegt. Auch in der **Föderalismuskommission** hat die Union eine Chance zum Abbau von Bürokratie aus Parteitaktik verspielt.

***Bei Bedarf:** Interessant wäre, zu wissen, wie Merkel und Stoiber den Vorschlag von Roland Koch bewerten, der morgen in den Bundesrat einen „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für ausländische Spitzenarbeitskräfte in Deutschland“ einbringen will. Roland Koch will Spitzenmanagern deutliche Steuernachlässe gewähren. Ausländische Manager sollen ihren Bruttoarbeitslohn künftig höchstens 30 Prozent versteuern müssen. Das wären 12 Prozentpunkte weniger als der seit Jahresanfang geltende Spitzensteuersatz von 42 % (Vgl. SZ, 2.3.2005, S.21).*

Unsere Position

Worauf wir setzen, sind drei Säulen:

1. Die Verstärkung des **Wachstums**
2. Der Umbau der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Richtung „**Fördern und Fordern**“ sowie mehr Eigenverantwortung
3. Die langfristige Verbesserung unserer Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit durch **Bildung und Forschung**.

Alle drei Säulen gehören zusammen. Wer glaubt, durch den Abbau von Arbeitnehmerrechten mehr Beschäftigung zu erzielen, wird das Gegenteil erreichen. Alle drei Säulen wirken aber nur, wenn wir **Zuversicht** im Lande haben. Es ist nicht die Aufgabe einer Opposition, diese zu zerstören.

In allen Bereichen, haben wir Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Schritt für Schritt ihre Wirkungen zeigen werden:

Wir wollen, dass alle Menschen wieder schneller in Arbeit kommen. Mit der Umsetzung von Hartz IV wollen wir eine **schnellere und bessere Vermittlung von erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen** erreichen. Das erfolgt aber Schritt für Schritt. Arbeitslosen Jugendlichen wird sofort geholfen. **Jeder Jugendliche unter 25, der eine Arbeit oder eine Ausbildung sucht, erhält von der Bundesagentur für Arbeit bis Ende März 2005 ein entsprechendes auf ihn zugeschnittenes Angebot.** Für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen und von jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren stellt die Bundesregierung 6,35 Mrd. Euro zur Verfügung. Das sind rd. 27% mehr finanzielle Mittel als im vergangene Jahr.

Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung stimmen:

⇒ Mit der Umsetzung von Hartz IV werden die **Kommunen** finanziell um **2,5 Mrd. Euro** entlastet. Nimmt man weitere finanzielle Entlastungen sowie die

Steuernehreinnahmen durch den Anstieg der Gewerbesteuer hinzu beläuft sich die Entlastung der Kommunen für **dieses Jahr auf rd. 8 Mrd. Euro**. Damit könnten vor Ort investive Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden.

- ⇒ Mit der letzten Stufe der **Steuerreform** haben wir zum 1.1.2005 Unternehmen und private Haushalte um **6,5 Mrd. Euro** entlastet. V. a. die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 42% kommt mittelständischen Unternehmen und dem Handwerk zugute.
- ⇒ Zusätzlich wurden die Beitragszahler durch die nachhaltige Besteuerung der Alterseinkünfte um **1 Mrd. Euro** zum Jahresbeginn entlastet.

Die Gesundheitsreform wirkt: Allein im vergangenen Jahr wurden für Arzneimittel rd. 2,5 Mrd. Euro weniger ausgegeben als noch ein Jahr zuvor. Die Kassen haben im letzten Jahr einen **Überschuss von über 4 Mrd. €** erwirtschaftet. Damit ist die **Grundlage für Beitragssenkungen** geschaffen worden.

CDU/CSU Position

Anhang 10-Punkte-Programm (BT-Drucksache 15/4831)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. **Den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch in diesem Jahr von 6,5 Prozent auf 5 Prozent zu senken.** Dies ist seriös und solide finanzierbar, indem u. a. die Bundesagentur für Arbeit von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben befreit, unwirksame Arbeitsmarktpolitische Instrumente eingestellt und der Aussteuerungsbetrag grundlegend überarbeitet wird. Mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags wird die Voraussetzung für 150 000 neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen und zugleich der „Teufelskreis“ aus steigenden Sozialbeiträgen und steigender Arbeitslosigkeit endlich durchbrochen.
2. Die rechtliche Grundlage für **betriebliche Bündnisse für Arbeit** unter Beachtung der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie zu schaffen.
3. Das **Günstigkeitsprinzip** – unter klar definierten Voraussetzungen – so zu ändern, das beim Günstigkeitsvergleich die Beschäftigungsaussichten berücksichtigt werden können, dass also vom Tarifvertrag abgewichen werden kann, wenn es der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dient. Zu den Voraussetzungen für eine solche Abweichung vom Tarifvertrag gehört neben der Zustimmung der Arbeitsvertragsparteien auch die Zustimmung der Belegschaft und des Betriebsrates jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit.
4. Insbesondere Langzeitarbeitslosen eine Rückkehroption in den Arbeitsmarkt zu eröffnen, indem im Tarifvertragsgesetz klargestellt wird, dass als Einstieg bis zu einem Jahr, eine **10-prozentige untertarifliche Entlohnung** möglich ist.
5. Das **Kündigungsschutzrecht** so zu modernisieren, dass vor allem im Mittelstand wieder mehr Einstellungen auch in unsicheren Konjunkturzeiten angeregt werden.
6. Das **Jugendarbeitsschutzgesetz** so zu fassen, dass Betriebe mehr Möglichkeiten haben, jungen Menschen eine Chance für den Start ins Berufsleben zu geben.
7. Die **Einstellung von Teilzeitkräften** zu unterstützen, indem bei allen Schwellenwerten Teilzeitbeschäftigte nur entsprechend ihrer Arbeitszeit berücksichtigt werden.
8. Das **Betriebsverfassungsgesetz** so umzugestalten, dass die betriebliche Mitbestimmung, die sich als institutionalisierte Partizipation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Grundsatz bewährt hat, kostengünstiger wird, indem die kostentreibenden Teile der jüngsten Reform des Betriebsverfassungsgesetzes zurückgenommen werden.
9. Das **Arbeitszeitgesetz** entsprechend dem EU-Recht zu flexibilisieren und zugleich rechtlich klare Optionen für langfristige Arbeitszeitkonten zu schaffen.
10. Den **Mittelstand zu entlasten**, indem die Bestellungspflicht von Sicherheitskräften, Betriebsärzten und die Aufstellung von teuren Statistiken in Kleinbetrieben ausgesetzt wird.